

33/1998

Wolfgang Schäuble für Parteivorsitz nominiert

Der Bundesvorstand hat dem 11. Parteitag Wolfgang Schäuble als neuen Bundesvorsitzenden der CDU vorgeschlagen.

Das war die wichtigste Mitteilung des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, auf einer Pressekonzferenz am 6. Oktober im Konrad-Adenauer-Haus im Anschluß an die Beratungen des Parteivorstands über die Lage der CDU nach den Bundestagswahlen am 27. September.

Da es nach den Parteistatuten Sache des neuen Vorsitzenden ist, Kandidaten seiner Wahl für das Amt des Generalsekretärs und des Bundesschatz-

Wolfgang Schäuble bleibt auch im neuen Bundestag Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion. Die Fraktion wählte ihn am 6. Oktober mit 200 Ja-Stimmen bei zwölf Gegenstimmen, einer Enthaltung und drei ungültigen Stimmen erneut in dieses Amt.

meisters vorzuschlagen, hat der Bundesvorstand nach der Nominierung Schäubles lediglich die Namen derer zur Kenntnis genommen, die am 7. November für das Parteipräsidium wieder oder neu kandidieren werden.

In den nächsten acht Tagen – so der Parteivorsitzende – ist weiterhin Gelegenheit, dem Generalsekretär Kandidatenvorschläge zu machen, die sowohl aus

● **Generalsekretär Peter Hintze:**

„Das Motto des 11. Parteitags am 7. November in Bonn lautet: **Wir nehmen die Herausforderung an.** In ihm kommt zum Ausdruck, daß die CDU die Oppositionsaufgabe als eine wichtige und zentrale Aufgabe der Demokratie erfüllen will und die nächsten vier Jahre im fairen Wettstreit mit Rot-Grün um das bessere Politikkonzept wetteifern wird.“

Rot-Grün steuert auf Bruch in NRW zu
Garzewiler-Streit wird immer brennender...
Für Rot-Grün in Düsseldorf sieht es schwarz aus
Schwere Krise bei

Kann in Bonn halten, was in Düsseldorf zerbricht? Seite 16–21

● **Wir nehmen die Herausforderung an**
Wolfgang Schäuble: Die Voraussetzungen für einen Neuaufbruch der Union sind gut. Seite 4/5

Fortsetzung auf Seite 2

Eröffnungsbilanz aktenkundig gemacht

Wolfgang Schäuble: „Wir müssen darauf achten, daß wir die Eröffnungsbilanz richtig festschreiben. Denn später wird einmal die Ergebnisermittlung durch Vergleich von Anfang- und Schlußvermögen gemacht werden, und dann muß aktenkundig sein, daß wir ein solides und zukunfts-fähiges Erbe hinterlassen haben.“

Fortsetzung von Seite 1

den Landesverbänden als auch aus den Vereinigungen der Partei kommen können.

Am 22. Oktober wird der Parteivorstand noch einmal zusammentreten und sich bei dieser Gelegenheit mit den bis dahin eingegangenen Kandidaturen und den personellen Vorschlägen des designierten Vorsitzenden befassen.

Bei nur einer Stimmenthaltung hat der Bundesvorstand beschlossen, Wolfgang Schäuble als Partei- und als Fraktionsvorsitzenden vorzuschlagen. Helmut Kohl: „Wir haben diesen Beschluß selbstverständlich in Wahrnehmung unserer Verantwortung für die Partei gefaßt und einen entsprechenden Beschluß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion damit nicht präjudiziert“.

Der Bundesvorstand hat sich ausdrücklich gegen eine Veränderung der Parteisatzung ausgesprochen und damit gegen Vorstel-

lungen, über die in den letzten Tagen diskutiert worden ist. Es wird danach – so Helmut Kohl – „keine Sonderfunktion für diesen oder jenen im Präsidium“ geben. Auch die Zahl der Präsidiumsmitglieder wird sich nicht ändern, wie dieser Tage gelegentlich zu hören war.

Unsere Reformen zeigen Wirkung Zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen erklärte Helmut Kohl:

„Eine der schlimmen Lügen im Vorfeld der Bundestagswahl war, daß vor allem auch der Deutsche Gewerkschaftsbund bis zum Wahltag leugnete, daß das von mir und anderen angekündigte Absinken der Arbeitslosigkeit auf eine Zahl unter der 4-Millionen-Grenze eintreten werde.

Es ist heute ganz eindeutig: Die Trendwende ist eingetreten, in den letzten sechs Monaten sind insgesamt 854.000 Arbeitslose weniger gezählt worden, die Arbeitslosigkeit ist von 11,2 auf 10,3 Prozent abgesunken, die Zahl der bei den Arbeitgebern gemeldeten offenen Stellen ist weiterhin gestiegen und liegt jetzt bei 440.000.

Wenn ich die Quote zugrunde lege, wonach eine beachtliche Zahl von offenen Stellen nicht gemeldet wird, dann haben wir am heutigen Tag 1,2 bis 1,4 Millionen freie Stellen.

Diese Zahl festzuhalten, ist vor allem deswegen wichtig, weil wir Ende diesen Monats im Deutschen Bundestag eine Generalaussprache über die Lage der Nation haben werden. Wir stellen fest, daß wir die richtigen Entscheidungen getroffen haben und daß sich unsere Reformpolitik nicht zuletzt auch am Arbeitsmarkt positiv ausgewirkt hat.

Der Bundesvorstand hat das mit großer Genugtuung zur Kenntnis genommen und die Bundestagsfraktion beauftragt, in diesem Sinne in der kommenden Bundestags-Debatte zu argumentieren.“

Die weiteren Kandidaten

Für die vier stellvertretenden Bundesvorsitzenden gibt es fünf Kandidaturen – in alphabetischer Reihenfolge:

- **Norbert Blüm**, vorgeschlagen vom Landesverband Nordrhein-Westfalen und von den Sozialausschüssen.
- **Angela Merkel**, vorgeschlagen von den ostdeutschen Landesverbänden.
- **Volker Rühle**, vorgeschlagen vom Landesverband Hamburg.
- **Erwin Teufel**, vorgeschlagen vom Landesverband Baden-Württemberg.
- **Christian Wulff**, vorgeschlagen vom Landesverband Niedersachsen.

Hinweis: Das Frauen-Quorum gilt auch bei diesen Wahlen.

Für die sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums gibt es zehn Kandidaturen, wobei davon auszugehen ist, daß, wer bei den Stellvertretern nicht gewählt wird, höchstwahrscheinlich als elfter Kandidat hinzugefügt werden muß. – In alphabetischer Reihenfolge:

- **Rainer Epelmann**, vorgeschlagen von den Sozialausschüssen und vom Landesverband Brandenburg.
- **Klaus Escher**, vorgeschlagen von der Jungen Union.
- **Roland Koch**, vorgeschlagen vom Landesverband Hessen. Manfred Kantzer hat auf seine Kandidatur verzichtet und aus-

drücklich Roland Koch auch für dieses Amt vorgeschlagen.

- **Peter Müller**, vorgeschlagen vom Landesverband Saarland.
- **Claudia Nolte**, noch keine offizielle Nominierung. Der Landesvorstand der CDU Thüringen hat noch nicht getagt.
- **Peter Rauen**, vorgeschlagen von der Mittelstandsvereinigung (MIT).
- **Rita Süßmuth**, vorgeschlagen vom Landesverband Niedersachsen. Es ist davon auszugehen, daß auch die Frauen-Union sie vorschlagen wird.
- **Christa Thoben**, vorgeschlagen vom Landesverband Nordrhein-Westfalen.
- **Arnold Vaatz**, vorgeschlagen vom Landesverband Sachsen.
- **Matthias Wissmann**, vorgeschlagen vom Landesverband Baden-Württemberg.

Christoph Bergner hat erklärt, daß er nicht wieder für das Amt im Präsidium kandidiert. Christoph Bergner, bisher einer der vier stellvertretenden Bundesvorsitzenden, hat auf eine Kandidatur verzichtet und darum gebeten, daß Angela Merkel zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wird.

Die 26 Kandidaten für den Bundesvorstand waren nicht Gegenstand der Beratung. Bis zur nächsten Vorstandssitzung sollen die Landesverbände und Vereinigungen melden, wen sie dafür vorschlagen.

Wolfgang Schäuble:

Die Voraussetzungen für einen Neuaufbruch der Union sind gut

Der Reformprozeß in Deutschland muß weitergehen. Das ist nach der Wahl genau so richtig, wie es vor der Wahl richtig war, und dem hat sich eine rot-grüne Regierung genauso zu stellen, wie wir uns dem gestellt haben.

Die Welt um uns herum, die sozialen Verhältnisse in unserem Land, die wirtschaftlichen Verhältnisse, der Arbeitsmarkt - das alles verändert sich mit eher zunehmender Geschwindigkeit. Politik hat die Aufgabe, auf solche Veränderungen angemessen zu reagieren. Und deswegen darf es keinen Stillstand in Deutschland geben. Schon gar nicht darf es einen Stillstand geben, der durch eine geschickte Inszenierung nur anders verpackt wird.

Die Sozialdemokraten beginnen bereits, ihre Wahlversprechungen, die so markig klangen, wieder einzukassieren. Der designierte Arbeitsminister sagt jetzt genau das, was wir immer vertreten haben, was die SPD aber immer bekämpft hat: daß Arbeitgeberorganisationen keine konkreten Zusagen für eine bestimmte Zahl von Arbeitsplätzen geben können. Das hat die SPD aber immer verlangt, und vor zwei Jahren hat man das Bündnis für Arbeit der Regierung Kohl daran scheitern lassen. Plötzlich ist das kein Thema mehr. Und die Gewerkschaften erklären, die Lohnpolitik werde genausowenig Thema der Gespräche sein. Was für eine Showveranstaltung soll das dann werden?

Herr Riester kündigt schon jetzt an, es sei gar nicht sicher, daß die Sozialdemokraten ihr Versprechen halten können, die Arbeitslosigkeit zu senken. Die Arbeitslosigkeit könne auch unter einer rot-grünen Re-

gierung durchaus weiter steigen. Das ist das Gegenteil von dem, was sie vor der Wahl gesagt haben. Da wird die rot-grüne Sprunglatte klammheimlich wieder heruntergeholt. Das dürfen wir ihnen nicht durchgehen lassen.

Das bedeutet nicht, daß wir den Wahlkampf fortsetzen wollen. Der Wahlkampf war am 27. September zu Ende. SPD und Grüne sollen jetzt ihre Koalitionsverhandlungen führen und ihre Vorschläge machen, zur Sache und zu den Personen. Wir warten das in Ruhe ab. Und dann werden wir uns damit auseinandersetzen.

Rot-Grün will von den Versprechen runter

Was wir allerdings in diesen Tagen nicht akzeptieren können, unter gar keinen Umständen, das ist der Versuch, jetzt die Schlußbilanz unserer 16 Jahre Regierungstätigkeit nachträglich zu fälschen. Das geht nicht. Jeden Tag werden irgendwelche Tartarenmeldungen, gezielte, bewußte, offensichtliche Falschmeldungen über die Lage der öffentlichen Finanzen in die Öffentlichkeit lanciert. Das ist nichts anderes als der durchsichtige Versuch von Rot-Grün, den Abschied von ihren unerfüllbaren Wahlversprechen zu kaschieren. Es gibt überhaupt keinen Anlaß zu einer Debatte über angebliche Haushaltslöcher oder ungedeckte Finanzierungsrisiken. Wir haben einen sehr viel stärkeren Anstieg der Steuereinnahmen im laufenden Haushaltsjahr 1998 trotz aller außenwirtschaftlichen Krisen. Wir haben einen stärkeren Rückgang der Arbeitslosigkeit als in unserer Haushaltsplanung zugrunde-

gelegt. Es gibt keine Löcher im Bundeshaushalt. Wir haben die Neuverschuldung innerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen fixiert. Wir haben die Kriterien des Maastricht-Vertrages in einer Weise erfüllt, wie es die wenigsten für möglich gehalten hätten. Die Perspektiven für die Finanzentwicklung auch im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung sind richtig. Wir übergeben geordnete Staatsfinanzen.

Die Schlußbilanz der unionsgeführten Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl schreibt schwarze Zahlen. Deutsche Einheit und europäische Einigung, Stabilität und Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit, mutige Reformen und Weichenstellungen in die Zukunft – die 16 Jahre unter der Verantwortung der Union waren gute Jahre für Deutschland, für Europa. Auch die hohe Arbeitslosigkeit haben wir wieder heruntergebracht. Wir liegen in diesem Monat erstmals wieder unter 4 Millionen in der Arbeitslosenstatistik. Das zeigt: Wir haben Wort gehalten.

Jetzt heißt es, den Blick nach vorn richten

Wir gehen in eine schwierige Zeit, das wissen wir. Aber sinnieren und reden wir jetzt nicht darüber, wie lange es gehen kann. Für vier Jahre sind wir Opposition im Deutschen Bundestag, und in vier Jahren wollen wir wieder die Wahl gewinnen. Wir nehmen die Aufgabe an, aber unsere Aufgabe ist es auch, klare Alternative zu sein und dafür zu sorgen, daß wir beim nächsten Mal wieder gewinnen. Und wir können gewinnen!

Die Voraussetzungen für einen Neuaufbruch der Union sind gut. Die CDU besitzt ein modernes, ein zukunftsträchtiges Programm, auf dem wir unsere Politik aufbauen können. Wir werden aus diesem programmatischen Fundament heraus ein klares Profil und klare Alternativen bieten zu Rot-Grün.

Der enge Schulterschuß von CDU und CSU ist ein Pfund, mit dem wir wuchern werden. Die Fraktionsgemeinschaft im Deutschen Bundestag ist das Unterpfand für diesen engen Schulterschuß der beiden Schwesterparteien, Unterpfand für die Mehrheitsfähigkeit der Union in ganz Deutschland.

In der Niederlage zeigen, was in uns steckt

Wir schulden diesem Land eine große, eine starke Union als moderne integrierende Volkspartei der Mitte. Diese Demokratie in Deutschland wäre in den 50 Jahren seit dem Grundgesetz ohne die Christlich Demokratische und die Christlich Soziale Union nicht das geworden, was sie heute ist. Sie wird auch in den nächsten 50 Jahren eine bessere Zukunft haben, wenn diese Christlich Demokratische und Christlich Soziale Union weiter ihren maßgeblichen Beitrag zur Gestaltung der Politik in diesem Land leistet.

Laßt uns ans Werk gehen im Geist dieser gemeinsamen Verantwortung für gemeinsame Aufgaben. Laßt uns ans Werk gehen im Geist der Solidarität und Kameradschaft – so wie in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten. Es kommt auf jeden Einzelnen von uns an – auf jedes Mitglied, jeden Mandatsträger, auf jeden Orts- und Kreisverband. Ich bin guten Mutes. Wir werden gerade in der Niederlage zeigen, was in uns steckt.

Personalien

Die Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat **Bärbel Sothmann** einstimmig erneut zu ihrer Vorsitzenden gewählt. Zu Stellvertreterinnen wurden gewählt: **Maria Eichhorn** (CSU), **Anke Eymer** und **Annette Widmann-Mauz**.

Erfindungen der SPD als Begründung für Steuererhöhungen

Zu den Behauptungen der SPD über angebliche Haushaltslöcher von Theo Waigel erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Roth:

Die Koalition von CDU/CSU und FDP hat nicht nur den Bundeshaushalt 1999 detailliert und fristgerecht vorgelegt, sondern sie übergibt der neuen rot-grünen Koalition geordnete Bundesfinanzen.

Die finanzwirtschaftlichen Eckdaten sind heute besser als am Ende der Schmidt-Regierung 1982. Die Staatsquote sinkt, der Anteil der Bundesausgaben am Bruttoinlandsprodukt wird 1999 mit 11,8 vH so niedrig sein wie seit den 50er Jahren nicht mehr. Die Defizitquote im Bundeshaushalt liegt heute schon mit 1,5 vH weit niedriger als z.B. 1975 mit 2,9 vH oder 1982 mit 2,3 vH, die Preise sind stabil und die Zinsen historisch niedrig. Die Politik der strikten Ausgabenbegrenzung trägt Früchte und dies, obwohl die auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtete große Steuerreform von der SPD im Bundesrat hintertrieben wurde.

Wenn die SPD nun meint, „Haushaltslöcher“ im Bundeshaushalt zu entdecken, so ist dies sachlich überhaupt nicht gerechtfertigt. Ganz im Gegenteil werden sich durch die gute Konjunktur und die Wende am Arbeitsmarkt Steuermehreinnahmen und geringere Arbeitsmarktausgaben für 1998 ergeben. So will der designierte Finanzminister Lafontaine aus den verfügbaren Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit noch im laufenden Jahr ein Programm für 100.000 Jugendarbeitsplätze finanzieren.

Dies ist der eindeutige Beweis für die Unhaltbarkeit der SPD-Haushaltsvorwürfe. Die behaupteten "Haushaltslöcher" sind

eine Erfindung der künftigen rot-grünen Koalition, um ihre Politik der geplanten Steuererhöhungen zu kaschieren und von unseriösen Wahlversprechungen abzulenken.

Der Regierungswechsel findet in einer Situation robuster Wirtschaftsverfassung in Deutschland, deutlich verbesserter Arbeitsmarktlage und geordneter Staatsfinanzen statt. Es grenzt an politische Unverfrorenheit, weltwirtschaftliche Risiken als „deutsche Haushaltssünden“ hinzustellen. CDU und CSU werden eine Verfälschung ihrer positiven Schlußbilanz nicht hinnehmen.

Leere Versprechungen

Zum Versuch einer rot-grünen Bilanzfälschung erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andreas Schmid (Mülheim):

Die neue Regierungskoalition versucht jetzt bewußt, die Übernahmebilanz bei der Finanz- und Wirtschaftslage unsres Landes negativ darzustellen. Entgegen den rot-grünen Behauptungen ist der von der unionsgeführten Bundesregierung vorgelegte Haushaltsentwurf tragfähig und solide. Dies zeigt der Rückgang der Arbeitslosigkeit mehr als deutlich. Die rot-grüne Bilanzmanipulation dient nur dem einen Ziel: die vor der Wahl gemachten unsoliden Wahlversprechen einzukassieren.

Die Union läßt diese versuchte rot-grüne Bilanzmanipulation nicht durchgehen. Rot-Grün muß selbst die Verantwortung dafür tragen, daß sie vor der Wahl allen alles versprochen hat, die Versprechungen aber schon zwei Wochen nach der Wahl nicht mehr einhalten will.

Wir halten unser Versprechen: Arbeitslosigkeit sinkt weiter

Zu den heute veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Repnik:

Noch ist nicht alles Gold, was glänzt, aber eines ist gewiß: Der Arbeitsmarkt in Deutschland entwickelt sich weiter positiv. Wir haben versprochen, daß die Arbeitslosigkeit dank der von der Koalition eingeleiteten Reformen für mehr Wachstum und Beschäftigung zurückgehen wird. Die heute von der Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichten Zahlen geben uns recht: Mit 3,965 Millionen Arbeitslosen haben wir die 4-Millionen-Grenze wieder unterschritten.

Die Trendwende ist erreicht und hält an

Das ist ein Rückgang der Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vormonat um rd. 130.000. Die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt ist – auch das haben wir vor der Wahl versprochen – erreicht und hält an. Auch im europäischen Vergleich liegt Deutschland mit den Arbeitslosenzahlen unter dem europäischen Durchschnitt. Die Jugendarbeitslosigkeit ist nach Berechnungen von EUROSTAT in Deutschland mit 10,1 v. H. sogar nur halb so hoch wie im EU-Durchschnitt mit 19,9 v. H. (Juni-Zahlen).

Die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen zeigen: Die Reformen für mehr Wachstum und Beschäftigung waren richtig. Wir haben es im Wahlkampf jedoch nicht geschafft, den Menschen deutlich zu machen, daß nur eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik in einer globalisierten Welt zu mehr Beschäftigung führen kann. Nur über eine Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden die für die Schaffung von Arbeits-

plätzen notwendigen Investitionen der Unternehmen angeregt. Wir haben mit der Neuregelung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall die Betriebe von Kosten entlastet und Spielraum für mehr eigenverantwortliche Lösungen geschaffen. Rentenreform und Gesundheitsreform leisten einen Beitrag, um die Lohnnebenkosten dauerhaft stabil zu halten – auch dies ein Beitrag für weniger Arbeitslose und mehr Beschäftigung.

SPD und Grüne wollen nun einen großen Teil unserer Reformen wieder rückgängig machen. Man braucht kein großer Prophet zu sein, um die Folgen einer solchen Politik zu prognostizieren: Noch trägt der Aufschwung, den unsere Reformen in Gang gesetzt haben. In der mittleren Frist aber wird sowohl der wirtschaftliche Aufschwung wie auch der Abbau der Arbeitslosigkeit ins Stocken geraten, zum Leidwesen derer, die derzeit noch Arbeit haben, und derer, die derzeit arbeitslos sind.

Unsere Reformen sind eine Steilvorlage für Schröder und die SPD. Es wird sich zeigen, ob die SPD mit einem solchen Vorteil etwas anzufangen weiß.

Inflationsrate weiter auf Rekordtief

Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, ist der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland im September um 0,8 Prozent gegenüber September 1997 gestiegen. Im Vergleich zum August sank der Index um 0,2 Prozentpunkte. Bereits seit Juli 1998 steht bei der gesamtdeutschen Inflationsrate eine Null vor dem Komma.

Zahl der Arbeitslosen erstmals seit knapp zwei Jahren unter vier Millionen

Zum ersten Mal seit knapp zwei Jahren ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland wieder unter die Vier-Millionen-Grenze gefallen. Wie die Bundesanstalt für Arbeit am 6. Oktober in Nürnberg berichtete, sank die Arbeitslosenzahl im September um 130.100 auf 3,96 Millionen.

Zuletzt hatte es im November 1996 weniger als vier Millionen Erwerbslose gegeben. Im Vergleich zum Vorjahr gab es Ende des Monats 342.700 Arbeitslose weniger. Die Arbeitslosenquote verringerte sich binnen Jahresfrist von 11,2 auf 10,3 Prozent. Der Präsident der Bundesanstalt, Bernhard Jagoda, erklärte, er erwarte von der neuen Bundesregierung Kontinuität.

In den alten Ländern registrierten die Arbeitsämter 2,73 Millionen Arbeitslose. Im Vergleich zum Vormonat waren das 68.300 weniger. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Zahl um 199.500 ab. Die Arbeitslosenquote lag mit 8,8 Prozent um 0,7 Prozentpunkte niedriger als ein Jahr zuvor. In den neuen Ländern wurden 1,23 Millionen Erwerbslose gezählt. Das waren 61.800 weniger als im Vormonat und 143.300 weniger als im Vorjahr. Die Quote sank binnen Jahresfrist um zwei Prozentpunkte von 18,3 auf 16,3 Prozent.

Nach den Worten Jagodas hält die Besserung auf dem Arbeitsmarkt an. Als Gründe dafür nannte er mehr Arbeitsmarktpolitik vor allem in den neuen Ländern sowie auch die konjunkturelle Belebung, die zunehmend wichtige Impulse von der Binnennachfrage erhalte. Die Turbulenzen in Ostasien und Rußland hätten sich bisher auf dem deutschen Arbeitsmarkt nur wenig bemerkbar gemacht.

„Die Situation auf dem Arbeitsmarkt verlangsamt trotz des Absinkens unter die Vier-Millionen-Grenze den nach wie vor vollen Einsatz der Arbeitsmarktpolitik“, betonte Jagoda. Die Arbeitslosigkeit sei mit einer Quote von 10,3 Prozent „inakzeptabel hoch, auch wenn sie gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Prozentpunkte abgenommen hat“. In den neuen Ländern sei sie weiterhin fast doppelt so hoch wie im Westen.

Vor allem die Zahl der Langzeitarbeitslosen mache es nötig, alle Möglichkeiten der Integration in den Arbeitsprozeß zu nutzen. Nicht zuletzt erfordere der große Bedarf an Fachkräften, wie er sich unter

Jagoda mit neuen Anzug zur Feier des Tages

Auch für Bernhard Jagoda war es nach fast zweijährigem Warten ein besonderer Tag. „Ich habe mir extra einen neuen Anzug gekauft. Auch der Präsident darf sich einmal freuen“, kommentierte der Chef der Bundesanstalt die Arbeitsmarktdaten für September.

anderem in den stark wachsenden Stellenmeldungen ausdrücke, daß die Arbeitslosen den Anforderungen entsprechend weitergebildet werden.

Eine Prognose zur weiteren Entwicklung der Arbeitslosigkeit wollte Jagoda nicht abgeben. Er sehe aber Chancen, daß sich die Zahl im Jahresdurchschnitt 1998 zwischen 4,3 und 4,4 Millionen Arbeitslosen bewege und damit besser sei als erwartet.

Zu den Gründen für den Rückgang der Arbeitslosigkeit zählt die Bundesanstalt für Arbeit vor allem das deutliche Anzie-

Zur aktuellen Lage auf dem Arbeitsmarkt erklärte Regierungssprecher Otto Hauser:

Mit ihrem Reformkurs hat die Bundesregierung die Rahmenbedingungen verbessert

Die Zahl der Arbeitslosen ist im September unter die 4-Millionen-Marke gesunken. Damit haben sich die Erwartungen, die die Bundesregierung in den vergangenen Wochen und Monaten geäußert hatte, bestätigt.

Mit 3,965 Millionen lag die Zahl gegenüber dem Vormonat um rund 130.000 niedriger. Im Vergleich zum September 1997 sind das sogar fast 343.000 weniger Arbeitslose. Die Arbeitslosenquote verringerte sich von 10,6 auf 10,3 Prozent. Die bei den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen betrug im September 431.000.

In den alten Bundesländern haben wir im neunten Monat hintereinander weniger Arbeitslose als im Vorjahresmonat, in ganz Deutschland seit dem fünften Monat und in den neuen Bundesländern seit dem dritten Monat.

Auch im kommenden Monat dürfte die Zahl der Arbeitslosen weiter zurückgehen. Auf das gesamte Jahr gerechnet, werden wir weniger Arbeitslose haben als 1997.

Die gute wirtschaftliche Situation hat zu diesem erfreulichen Ergebnis auf dem Arbeitsmarkt beigetragen. Die Unternehmen investieren wieder verstärkt und schaffen zunehmend neue Arbeitsplätze. Mit ihrem Reformkurs hat die Bundesregierung die Rahmenbedingungen für beschäftigungsschaffende Investitionen in Deutschland verbessert.

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze und damit die Verringerung der Zahl der Menschen ohne Arbeit ist und bleibt das wichtigste Ziel der deutschen Politik. Hierin sind sich über die Parteigrenzen hinweg alle einig. Diese positive Entwicklung am Arbeitsmarkt gilt es jetzt zu verstetigen.

hen der Ausrüstungsinvestitionen gegenüber dem Vorjahr. Das Investitionsklima werde durch hohe Kapazitätsauslastung, niedrige Zinsen und maßvolle Lohnabschlüsse begünstigt. Auch der private Verbrauch habe – nicht zuletzt in Folge der Stabilisierung der Erwerbstätigkeit – leicht zugelegt. Die Auslandsnachfrage expandiere – wenn auch nicht mehr so dynamisch wie noch vor Jahresfrist – weiterhin beträchtlich.

Stellenabbau zu Ende

Der jahrelange Rückgang der Beschäftigung ist nach Darstellung des Statistischen Bundesamtes im Sommer zu Ende gegangen. Im Juli zählten die Statistiker bundesweit 33,91 Millionen Erwerbstätige, 64.000 mehr als ein Jahr zuvor. „Im Juli 1997 waren gegenüber Juli 1996 noch mehr als eine halbe Million Arbeitsplätze abgebaut worden“, teilte die Behörde in Wiesbaden mit. ■

Tietmeyer zeichnet rosiges Bild der deutschen Wirtschaft

Beim Jahrestreffen des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington hat Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer ein positives Bild der Wirtschaftslage in Deutschland gezeichnet.

Allerdings sei noch nicht abzusehen, welche Auswirkungen der weltweite Wachstumseinbruch haben werde, sagte Tietmeyer in der Sitzung des Interimsausschusses, des politischen Lenkungsgremiums des IWF. Der für Währungsfragen zuständige EU-Kommissar Yves-Thibault de Silguy äußerte die Sorge, der derzeitige Verfall der Aktienkurse könne die Binnen-nachfrage in der Europäischen Union dämpfen. Europa dürfe sich nicht allzu sicher sein, von der Krise verschont zu bleiben.

Wegen der verzögerten Bankenreformen richtete der Interimsausschuß Kritik an Japan; der japanische Finanzstaatssekretär Sadakazu Tanigaki kritisierte seinerseits die Strategie des IWF.

Die deutsche Konjunkturkurve zeige weiterhin nach oben, sagte Tietmeyer. Dabei habe die Inlandsnachfrage, gestärkt durch

sinkende Arbeitslosigkeit, Preisstabilität und gute Gewinnaussichten der Unternehmen, den Export als Wachstumsmotor abgelöst. Die Prognose des IWF, der ein Wachstum der deutschen Wirtschaft um 2,5 Prozent im nächsten Jahr erwartet, sei die Untergrenze des Erreichbaren.

Dem IWF bescheinigte der Bundesbankpräsident unverminderte Handlungsfähigkeit, wenn auch die Kapitalausstattung des Währungsfonds Anlaß zur Beunruhigung gebe. Tietmeyer betonte, daß der IWF der-

Die Inlandsnachfrage, gestärkt durch sinkende Arbeitslosigkeit, hat den Export als Wachstumsmotor abgelöst.

zeit noch über genug Mittel verfüge, um wirksame Maßnahmen gegen die internationale Finanzkrise zu ergreifen. Doch wäre wünschenswert, die im vergangenen Jahr beschlossene Kapitalerhöhung bald umzusetzen, sagte er mit einem Seitenhieb auf die bisher zahlungsunwilligen USA.

Siemens stellt wieder 2.600 Lehrlinge ein

Siemens will im Geschäftsjahr 1998/99 wieder 2.600 Lehrlinge einstellen. Damit sei der Konzern zweitgrößter privater Ausbildungsbetrieb in Deutschland, teilte die Siemens AG mit.

Mehr Lehrlinge bildet nur die Deutsche Bahn aus. Das Angebot an neuen Lehrstellen erreicht wieder das Niveau der Vorjahre. Derzeit erlernen insgesamt

rund 10.000 junge Leute beim größten deutschen Elektrokonzern einen Beruf.

Sorge bereitet Siemens noch immer der Mangel an Hochschulabsolventen der Elektrotechnik. Der Bedarf an qualifiziertem Nachwuchs sei groß und könne nur teilweise durch den schnellen Ausbau der Ausbildungsmöglichkeiten in neuen Berufsfeldern ausgeglichen werden.

Tausende Lehrlinge lassen Betriebe „sitzen“

Über 9.000 Jugendliche haben zum Ausbildungsbeginn ihre Ausbildungsbetriebe „im Stich“ gelassen und ihre Lehrstelle in Industrie und Dienstleistungen nicht angetreten. Dies ist das Ergebnis einer Blitzumfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) bei den 83 Industrie- und Handelskammern.

Diese Zahl werde noch ansteigen, weil noch nicht alle Unternehmen, die von Lehrlingen sitzengelassen worden sind, sich bei den Kammern gemeldet haben. Insgesamt rechnet der DIHT mit 11.000 nicht angetretenen Lehrstellen. Diese Zahl liege damit niedriger als im Vorjahr mit 14.000. Der größte Teil der Jugendlichen, die ihre Lehrstelle nicht antraten, hatte bereits Verträge mit anderen Unternehmen abgeschlossen, rund 17 Prozent hätten sich nachträglich für ein Studium oder einen weiteren Schulbesuch entschieden, ca. 7 Prozent seien kurzfristig zum Wehrdienst einberufen worden.

Deutliche Normalisierung

Der Rückgang von Mehrfachverträgen oder des vorsorglichen „Parken“ von Lehrverträgen als Alternative zum Studium sei ein Zeichen für die deutliche Normalisierung der Lehrstellensituation. Industrie und Dienstleistungen hätten bis Ende August 8,1 Prozent mehr Lehrverträge bei den Industrie- und Handelskammern registrieren lassen, allein 14.000 in den neuen Berufen.

Mitte September seien es mehr als 250.000 registrierte Verträge gewesen. Das selbst gesteckte Ziel für 1998 von 300.000 neuen Verträgen werde bis Jahresende erreicht. Das seien über 42.000 Lehrverträge oder 16,3 Prozent mehr als im Jahr 1995, dem Beginn der Trendwende. Wichtig sei, die „Initiative Zukunftsberufe“ fortzusetzen, um im nächsten Jahr weitere neue Berufe zu sichern.

Die bisherigen Reformen trügen bereits deutliche Früchte, so der DIHT. Immer mehr Industrie- und Dienstleistungsunternehmen stiegen in die Ausbildung ein – dieses Jahr alleine mehr als 16.000 in Ost und West. 38.200 Ausbilder hätten allein im letzten Jahr die Ausbildereignungsprüfung abgelegt.

DIHT fordert Aktion „Ausbildungsreife“

Der Wirtschaftsaufschwung wirke sich bereits auf den Lehrstellenmarkt aus und führe hier und da schon zu Problemen: viele bereitstehende Lehrstellen könnten mangels geeigneter Bewerber nicht besetzt werden. Die mangelnde Ausbildungsreife schade den rund 80.000 Schülern ohne Schulabschluß und 40.000 Schülern mit erheblichen Wissens- und Verhaltensmängeln.

Der DIHT fordert deshalb von den Kultusministern ein energisches Gegensteuern und schlägt der Kultursministerkonferenz (KMK) eine Aktion „Ausbildungsreife“ vor. Die Schule sollte sich mehr als bisher zum pädagogischen Auftrag bekennen, um Lernfrust, Motivationsmängel und mangelhafte Leistungsbereitschaft abzubauen. Die Verlagerung auf die milliardenschweren Förderprogramme für das Nachholen der Ausbildungsreife verwische die Verantwortung der Länder als „Schulmonopolist“ und belaste unnötig die Kassen der Bundesanstalt für Arbeit.

Die Forderungen nach einer Ausbildungsumlage seien nach Auffassung des DIHT ein durchsichtiges Ablenkungsmanöver. Wolle man allen Jugendlichen wirklich helfen, müsse man auch für die Leistungsschwächeren Berufe schaffen, die deutlich mehr praktische Elemente in der Ausbildung beinhalten. ■

In der Verteidigungspolitik schneller gefordert, als sie selbst glauben

Angesichts der drohenden humanitären Katastrophe im Kosovo und der Haltung von SPD und Grünen erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer:

Ich warne SPD und Grüne davor, sich in sicherheitspolitische Formeln zu verstricken. Deutschland muß seinen solidarischen Beitrag leisten, um die internationale Handlungsfähigkeit zu gewährleisten. Gemeinsames europäisches Handeln kann es nur im Rahmen der NATO geben. Dabei trägt Deutschland eine besondere Verantwortung.

Humanitäre Katastrophe

SPD und Grüne müssen sich bewußt sein, daß die humanitäre Katastrophe im Kosovo unmittelbar bevorsteht. Zehntausende Albaner, viele Säuglinge und Kinder, aber auch viele alte Menschen ohne Hab und Gut vegetieren in den Wäldern dahin.

Deutschland muß seinen militärischen Beitrag leisten, um den tausendfachen Tod im Kosovo abzuwenden.

Allerdings werden die serbischen Aggressoren nicht warten, bis das Kabinett Schröder Ende Oktober formal die Regierungsgeschäfte übernehmen wird.

Handeln ist jetzt geboten

Wer immer sich bei SPD und Grünen für Außen- und Sicherheitspolitik verantwortlich fühlt, sollte so schnell wie möglich einer gemeinsamen Initiative aller demokratischen Parteien zustimmen. Handeln ist jetzt notwendig – die Zeit für Diskussionen ist vorbei! Sollten SPD und Grüne sich verweigern, übernehmen sie Verantwortung für unschuldige Menschen. Darüber hinaus sollten die Herren Scharping, Verheugen, Lippelt und Frau Beer dringend von Herrn Schröder belehrt werden, daß dieses Thema völlig ungeeignet für innerparteiliche Postenschacherei ist.

Schröder startet mit einer Steuerlüge

Die in den rot-grünen Koalitionsverhandlungen besprochene Verschiebung der dringend überfälligen Steuerreform auf das Jahr 2000 ist ein Schlag gegen die Arbeitslosen und alle Steuerzahler.

Die SPD hat im Wahlkampf immer wieder betont, daß sie ab 1999 eine Steuerreform umsetzen will. Nun plant sie eine Erhöhung der Mineralölsteuer.

Grüne gegen neue ICE-Strecke

Bereits vor Abschluß der Koalitionsverhandlungen mit der SPD beginnt die grüne Verkehrsblockade: Erstes Opfer soll die ICE-Strecke zwischen Nürnberg und Erfurt werden. Jetzt zeigt sich auch in der Schienenverkehrspolitik das wahre Gesicht der Grünen: Bau-stopp statt Vorrang für die Schiene.

Der zukünftige Verkehrsminister der neuen Bundesregierung wird ein Minister ohne Handlungsmöglichkeiten sein.

Entspannung bei den Kommunalfinanzen

Der Aufschwung ist jetzt auch für Städte und Gemeinden spürbar. Dies geht aus einer Mitteilung des Statistischen Bundesamtes hervor, wonach die kassenmäßigen Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände sich im ersten Halbjahr 1998 um 0,5 Prozent auf 126,7 Milliarden DM erhöht haben.

Aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben flossen den Gemeinden mit 40,3 Milliarden DM deutlich mehr zu (plus 5,6 Prozent) als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres.

Ebenfalls haben Gemeinden und Gemeindeverbände in Deutschland (ohne die Stadtstaaten) im ersten Halbjahr dieses Jahres 128,0 Milliarden DM und damit 1,4 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum ausgegeben.

Mit minus 3,4 Prozent auf 22,9 Milliarden DM ist dabei der Rückgang

in den neuen Ländern deutlicher ausgefallen.

Peter Götz, stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik: Dies ist ein eindeutiges Signal für die Entspannung der kommunalen Finanzen. Eine ausgesprochene „Kommunalfeindlichkeit“ weht dagegen aus Niedersachsen herüber, die inzwischen „gerichtsnotorisch bekannt“ ist, wie Urteile des Niedersächsischen Staatsgerichtshofes in Bückeburg belegen.

2,5 Milliarden weniger

Aus der Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen für das erste Halbjahr 1998 – in der Abgrenzung der Finanzstatistik – errechnet sich ein Finanzierungsdefizit von 1,3 Milliarden DM, das sind 2,5 Milliarden DM weniger als im ersten Halbjahr 1997. In den unionsgeführten Ländern Baden-Württemberg, Bayern und Mecklenburg-Vorpommern hat sich für das 1. Halbjahr 1998 sogar ein positiver Saldo ergeben.

Weiter an der Seite der Aussiedler

Horst Waffenschmidt, langjähriger Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium und Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung, will sich weiter in der CDU für die Aussiedler und die Deutschen in Ost- und Südosteuropa einsetzen.

Waffenschmidt wörtlich: „Es muß eine intensive Zusammenarbeit in der Aussiedlerpolitik zwischen allen zuständigen Bereichen der beiden Unionspar-

teien in Bund, Ländern und Gemeinden geben, insbesondere mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Einzelheiten dazu werden noch festgelegt werden. Es gilt weiter die Zusage: Wir lassen die Aussiedler nicht im Stich!“

Horst Waffenschmidt ist ab November über die Bundesgeschäftsstelle der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn zu erreichen.

Schröder übernimmt von Helmut Kohl ein gut bestelltes Haus

Zu den Wahlen des Deutschen Bundestages erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Günter Rinsche:

Helmut Kohl hat in sechzehn Jahren als Bundeskanzler die Bundesrepublik Deutschland entscheidend geprägt. Die Wiedervereinigung Deutschlands in Europa in Frieden und Freiheit und die Fortentwicklung Europas zur Europäischen Union sind sein historisches Verdienst. Kohl hat den Platz des wiedervereinigten Deutschlands in Europa fest verankert und Deutschlands Position als zuverlässigen außenpolitischen Partner gefestigt.

Die europapolitischen Verdienste Helmut Kohls sind im europäischen Ausland unumstritten als historische Leistung anerkannt. Die Regierung Helmut Kohls hat die Grundlagen dafür gelegt, daß die gemeinsame europäische Währung eine stabile Währung sein wird. Die Reformen der Europäischen Union, die Stärkung der demokratischen Rechte des Europäischen Parlaments, die Öffnung der Union für die Länder Mittel- und Osteuropas sind Entscheidungen, die ohne das unverbrüch-

liche Engagement Helmut Kohls für die europäische Einigung kaum denkbar sind. Kohl hat damit die Weichen für die Weiterentwicklung der Europäischen Union im nächsten Jahrtausend gestellt.

Das Jahr 1999 wird ein Schicksalsjahr für Europa sein. Ab 1. Januar wird Deutschland die Präsidentschaft der Europäischen Union übernehmen, unter deren Führung wichtige Entscheidungen zur Finanzierung und zur Reform der Agrar- und Strukturpolitik der Union anstehen. Wir sehen einer deutschen Ratspräsidentschaft unter Führung Gerhard Schröders mit Skepsis entgegen. Schröder hat sich bisher nicht durch europapolitische Kompetenz ausgezeichnet. Seine Einschätzung des Euro als „kränkelder Frühgeburt“ war eine eindeutige politische Fehleinschätzung.

Wir hoffen, daß Schröder – wie beim Euro – lernfähig sein wird und der Europapolitik den ihr gebührenden hervorragenden Platz einräumen wird. Schröder übernimmt von Helmut Kohl ein gut bestelltes Haus. Er wird sich auch europapolitisch an den Erfolgen Helmut Kohls messen lassen müssen.

Peter Hintze warnt SPD und Grüne vor Fälschung der Eröffnungsbilanz

Zu den Äußerungen von Oskar Lafontaine über die Notwendigkeit eines Kassensturzes erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Das rot-grüne Bündnis täte gut daran, die Amtszeit nicht mit einer Kassensturzlegende zu beginnen. Die

Bundesregierung hat im Sommer einen soliden Haushaltsentwurf für 1999 vorgelegt. Alle Zahlen und Daten sind bekannt. Es wäre unredlich, wenn Rot-Grün mit einer verfälschten Eröffnungsbilanz starten würde, um sich später dahinter verstecken zu können.

Die Kommunen müssen Vorbild bei der EURO-Umstellung sein

Anlässlich der gemeinsamen Pressekonferenz von Deutscher Städtetag und Deutscher Sparkassen- und Giroverband zur Vorbereitung der EURO-Umstellung in den Städten erklärte die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerda Hasselfeldt:

Für die EURO-Umstellung in den Kommunen ist es wichtig, daß allseits akzeptable Lösungen angestrebt werden, die ein hohes Maß an Preistransparenz gewährleisten. Das gilt vor allem für die Umstellung öffentlich administrierter Preise und Gebühren. Die Verbraucher haben ein Recht darauf, daß die Kommunen die Umrechnung von DM-Beträgen nicht mit einer höheren Neufestsetzung der Gebühren aus Gründen der Anpassung an eventuell gestiegene Kosten nutzen. In diesem Fall entstünde der falsche Eindruck, daß „mit dem EURO alles teurer wird“.

Die genaue Umrechnung ist ein entscheidender Beitrag für die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz des EURO bei den Bürgern. Sie zeigt konkret, daß die Einführung des EURO keine Währungsreform, sondern ein bloßer Umrechnungsvorgang ist. Die Bürger dürften eher bereit sein, für einige Zeit mit „krummen“ Beträgen umzugehen als sich durch eine generelle Preisglättung auf höheres Niveau übervorteilt zu fühlen.

CDU/CSU unterstützen deshalb seit jeher im Bund und in den Ländern ein abge-

stimmtes Vorgehen aller Ebenen des öffentlichen Bereichs bei der Währungsumstellung. Wir wehren uns daher gegen jeden Versuch – sowohl in der Wirtschaft als auch im öffentlichen Sektor –, die Währungsumstellung zum Anlaß von Preis- und Gebührenanhebungen zu nehmen.

Vorbildlich ist in diesem Zusammenhang auch die Einigung zwischen dem Hauptverband des Einzelhandels und der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände, die sich über das Wie und Wann des EURO-Einzugs im deutschen Handel geeinigt haben. Ich begrüße es, daß sich die Unternehmer dazu bereit erklärt haben, ihr Personal schrittweise bis Mitte 2001 zu schulen, die Kunden zusätzlich zu den schon bestehenden Möglichkeiten über den EURO zu informieren und einen Teil der Warenpreise, insbesondere Sonderangebote und Schaufensterpreise, doppelt auszuzeichnen.

Dadurch wird sichergestellt, daß sich eine gesetzliche doppelte Preisauszeichnung erübrigt. Hoffentlich verstummen nunmehr auch die unseligen Wünsche der SPD nach einer Preiskontrollbehörde. CDU/CSU war von Anfang an gegen eine gesetzliche doppelte Preisauszeichnung. Sie setzte auf die Bereitschaft der Unternehmer zur Anpassung ihrer Kundenpflege. Wir haben damit recht behalten!

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

*CDU#

● X 400

c= de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de

Rot-Grün steuert auf Bruch in NRW zu

Garzweiler-Streit wird immer heißer

Für Rot-Grün in Düsseldorf sieht es schwarz aus

Schwere Krise bei Rot-Grün in NRW

Auswirkungen auf Bonner Koalitionsgespräche?

Garzweiler belastet Rot-Grün

Und schon wieder gibt's heftig Streit um Garzweiler

Höhn: Es brennt in der Düsseldorfer Koalition

Das soll man nun verstehen: In Bonn zimmern sie das rot-grüne Bündnis, in Düsseldorf soll es demontiert werden. – Während in Bonn an einem rot-grünen Regierungsbündnis geschmiedet wird, droht ein paar Rhein-

kilometer stromabwärts das gleiche Modell den Bach hinunterzugehen. – Sollte die Koalition in Düsseldorf an Garzweiler zerbrechen, so bekäme auch das Bonner Bündnis einen tiefen Riß.

Helmut Linssen zum Garzweiler-Streit:

Verfahren nach Recht und Gesetz ist nur noch ohne Höhn möglich

Die CDU-Landtagsfraktion hat die Entscheidung des Landesoberbergamts Dortmund begrüßt, die wasserrechtliche Erlaubnis für Garzweiler II zu erteilen.

„Nach über zweieinhalb Jahren ausführlicher Prüfungen kann das Verfahren jetzt abgeschlossen und Rheinbraun die Erlaubnis ohne weitere Verzögerungen ordnungsgemäß erteilt werden“, betonte der CDU-Landtagsfraktionsvorsitzende, Helmut Linssen, in Düsseldorf. „Wenn Umweltministerin Höhn meint, sie könne jetzt noch mit weiteren Gutachten und politischen Winkelzügen das Verfahren verschleppen, ist dies ein weiterer Beweis ihrer politisch motivierten Verzögerungstaktik der letzten Monate. Jedes weitere Gutachten, das Frau Höhn jetzt in Auftrag gibt, ist rausgeschmissenes Geld des Steuerzahlers“, betonte Linssen.

Arbeitnehmer verschaukelt

Die jüngsten Vorgänge rund um den Genehmigungsentwurf bezeichnete der CDU-Fraktionsvorsitzende als „Neuauflage des rot-grünen Intriganten-Stadls“: „Es ist schon ein starkes Stück, daß die SPD wenige Tage nach der Bundestagswahl jetzt plötzlich bei Garzweiler II eine Eile an den Tag legt, von der sie eine Woche vorher noch nichts wissen wollte. Bei so einer Taktiererei müssen sich die Arbeitnehmer im Braunkohlrevier verschaukelt fühlen.“

Linssen betonte abschließend: „Frau Höhn sollte bloß nicht so tun, als habe sie die wasserrechtliche Weisheit mit Löffeln gefressen. Wer aus parteitaktischer Verbohrtheit die fachlich begründete Wahrheit

nicht mehr ertragen kann, der muß daraus die Konsequenzen ziehen und zurücktreten. Anderenfalls muß Ministerpräsident Clement seine Umweltministerin aus dem Amt entlassen, das Genehmigungsverfahren im Rahmen seiner Richtlinienkompetenz an sich ziehen und ein Verfahren nach Recht und Gesetz ermöglichen!“

Die Bergleute wollen wissen, wie es weitergeht

Bereits Anfang September hatte der Landesvorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, Norbert Blüm, Ministerpräsident Clement in einem Schreiben aufgefordert, bei Garzweiler II von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch zu machen und noch vor der Bundestagswahl einen verbindlichen Zeitplan für die wasserrechtlichen Erlaubnisse bekanntzugeben:

„Die Taktik der Grünen geht offensichtlich auf, Garzweiler II durch Verzögern und Verschleppen auf der Zeitschiene zu verhindern. Das hätte nicht nur schlimme Folgen für die Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen, sondern insgesamt für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Das Land braucht Innovation, das Land braucht technischen Fortschritt, das Land braucht mutige Investoren. Dazu braucht man Planungssicherheit, Verlässlichkeit, beides in NRW offenbar Fehlanzeige. Die Bergleute und die Menschen im künftigen Abbaugebiet haben ein Anrecht darauf zu erfahren, wie es mit Garzweiler II weitergeht, wann endlich die ausstehenden Entscheidungen fallen“.

Kann in Bonn halten, was in Düsseldorf platzt?

Das soll man nun verstehen: In Bonn zimmern sie das rot-grüne Bündnis, in Düsseldorf soll es demontiert werden. Denn darum geht es, wenn auch im Vordergrund das Thema Garzweiler heißt.

Dabei ist die Sachlage klar: Es war der politische Wille der SPD, der die grundsätzliche Genehmigung für Garzweiler bewirkte. Nach Recht und Gesetz, wie es so schön heißt, werden seitdem die Voraussetzungen für die einzelnen Schritte geprüft, die so ein gewaltiges Vorhaben gehen muß.

In Kenntnis dieser Sachlage haben sich die Grünen auf die Koalition mit der SPD eingelassen – und auch in der Hoffnung, Garzweiler doch noch torpedieren zu können. Aber das war wohl von Anfang an eine Fehleinschätzung.

Jetzt, wo auf den Bundestagswahlkampf keine Rücksicht mehr genommen werden muß, will es die SPD nun wissen. Es ist sicher nicht sehr fein, mit welchen Mitteln da jetzt Druck ausgeübt wird.

Doch waren auch die Grünen nicht zimperlich, als sie ihre Möglichkeiten zu nutzen suchten, um Garzweiler aufzuhalten.

Wie immer in der Politik heißt die Kernfrage: Wem nützt das? Ganz offensichtlich gibt es Leute in der Landes-SPD, die die grüne Last gern abschüttelten – jetzt, wo man hoffen könnte, bei Neuwahlen die absolute Mehrheit zurückzugewinnen.

Aber das sind abenteuerliche Überlegungen. Diese Landesregierung ist für fünf Jahre gewählt. Sie hat genug zu tun, den Strukturwandel voranzubringen. Ganz abgesehen davon, ob eine solche Rechnung denn aufginge.

Das gilt in gleicher Weise für die Grünen. Sie müssen es hinnehmen, wenn gegen Garzweiler sachliche Einwände nicht

mehr gemacht werden können. Ob Bonn hielte, wenn Düsseldorf platzte?

Westdeutsche Allgemeine Zeitung

Rüder Ton in Düsseldorf

NRW-Umweltministerin Höhn steht mit dem Rücken zur Wand, aber sie wehrt sich heftig. Mit aller ihrer ministerialen Macht versucht die Grünen-Politikerin, die wasserrechtliche Genehmigung für Garzweiler II zu verzögern – und vergreift sich im Ton. Daß sie ihren Kollegen Hombach auffordert, er möge sich gefälligst aus dem Verfahren „raushalten“, kennzeichnet den rüden Umgang am Düsseldorfer Kabinetttisch. Nicht minder harsch kanzelte sie gestern die Regierungspräsidenten Büssow und Antwerpes ab. Schwerer wie

Pressestimmen

gen aber die Vorwürfe gegen die Beamten des Oberbergamtes Dortmund. Höhn bezichtigt sie, gelogen oder der politischen Einflußnahme nachgegeben zu haben. Aber nicht die Beamten, Höhn selbst steht unter Druck. Bei den Koalitionsgesprächen in Bonn, an denen sie teilnimmt, sind die Grünen für die SPD zwar erste Wahl. Aber das muß nicht so bleiben. Denn bei unerfüllbaren Forderungen bieten sich mindestens theoretisch andere Partner an.

General-Anzeiger, Bonn

Komödie für Zyniker

In der rot-grünen Mesalliance in NRW ist man mittlerweile bei einem Wortschatz gelandet, der vom Katastrophenschutz geläufig ist: „Das Haus steht in Flammen“, „Die Lunte brennt“. Ministerpräsident Clement steht einer zerstrittenen Koalition vor. Diejenigen, die dieses Trauerspiel – Zyniker könnten sich an einer Komödie der Sonderklasse erfreuen

– miterleben, ahnen das Ende. Die Vernünftigen wünschen es herbei. Jede andere politische Konstellation wäre für NRW besser als die gegenwärtige. Man muß dem Land insgesamt wünschen, daß es in der rot-grünen Bundesregierung Schröder/Fischer besser und verträglicher zugeht als im Düsseldorfer Tollhaus.

Wenn Landtags-Oppositionsführer Linssen Umweltministerin Höhn im Garzweiler-Genehmigungsstreit rechtswidriges Taktieren vorhält, mag das stimmen. Es ist aber die halbe Wahrheit, denn auch die SPD spielt längst mit gezinkten Karten. Die Art und Weise, wie die beiden Leiter nachgeordneter Behörden, die SPD-Regierungspräsidenten Antwerpes und Büssow, die Grünen-Ministerin attackierten, läßt höhere Planung vermuten: Antwerpes und Büssow wirkten wie Schützen, die zum Schießen abkommandiert waren. Führende Sozialdemokraten in NRW versprechen sich anscheinend einiges vom Bündnisbruch in Düsseldorf. Nach dem alten Handwerker-motto „Schmiede das Eisen, solange es heiß ist“ sind sie mehr denn je versucht, den momentanen Genossen Trend für die SPD zu nutzen. Ginge es rational zu, müßten indes bei möglichen Neuwahlen in NRW Grüne und SPD Denkkzettel erhalten.

Rheinische Post

Tiefer Riß im Modell

Während in Bonn an einem rot-grünen Regierungsbündnis geschmiedet wird, droht ein paar Rheinkilometer stromabwärts das gleiche Modell den Bach hinunterzugehen. Immer wieder stand die Krisenbeziehung zwischen SPD und Grünen in Düsseldorf wegen des Streits um Garzweiler II kurz vor dem Ende. Immer wieder wurde dieser Streit verschoben – mit allerlei juristischen Spitzfindigkeiten und vor allem mit Blick auf einen möglichen Machtwechsel in Bonn. Ganz so, als könne sich das leidige Thema von selbst erledigen. Beide Seiten am Kabinetttisch haben sich und ihren Anhängern da etwas vorgemacht.

Zuvor allerdings hatten sie den Tagebau zur Kernfrage der Politik hochstilisiert. Soviel politische Trickserei rächt sich zur ungünstigsten Zeit. Während Joschka Fischer Vorschußlorbeeren als Außenminister kassiert, steht der größte Grünen-Landesverband wieder als politisches Risiko da. Und die SPD erscheint in dem Licht, den kleineren Koalitionspartner nicht disziplinieren zu können.

Sollte die Koalition in Düsseldorf daran zerbrechen, so bekäme auch das Bonner Bündnis einen tiefen Riß.

Express

Arbeitsplätze: So nicht!

- Tempo-Limit,
- Höherer Benzinpreis,
- Atomausstieg aus der Atomenergie.

Die Grünen wird es freuen, daß ihre alten Forderungen so schnell auf dem Tisch der neuen Regierung liegen.

Den Rest der Republik freut's weniger. Dem Hauptziel, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, kommt man damit keinen Schritt näher.

Dieser grüne Triathlon bringt nicht einen neuen Arbeitsplatz.

Im Gegenteil. Man schadet der florierenden Auto- und Energie-Industrie. Tempo runter, Benzinpreis rauf, Atomstrom weg – das ist nicht der Stoff, aus dem die Träume für den Aufschwung sind.

Der neue Kanzleramtsminister Bodo Hombach (SPD) weiß das. Gerhard Schröder vermutlich auch. Ihre Partner müssen es noch lernen.

Bild

10-Punkte-Programm für die Unternehmensnachfolge

Bis zum Jahrtausendwechsel suchen rund 300.000 mittelständische Unternehmen einen Nachfolger. Bei nur 130.000 ist die Nachfolge durch Familienangehörige gesichert. Um für die übrigen Unternehmen geeignete Nachfolger zu finden, führt die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) in Zusammenarbeit mit dem Mittelstandsmagazin eine Unternehmerbörse durch. Aber solche Aktionen allein können das Problem nicht lösen.

Hierzu ist vor allem die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen notwendig. Um Betriebe und Arbeitsplätze zu sichern, ist aus Sicht der MIT unter anderem folgendes notwendig:

● Die Schaffung eines Klimas für Selbständigkeit

Die Schaffung eines gesellschaftlichen Klimas, welches unternehmerische Leistungen anerkennt. Nur wenn junge Menschen das Gefühl haben, daß ihre Leistung als Selbständige gesellschaftliche Anerkennung findet, werden sie auch motiviert, den sicheren Beamtenstuhl gegen das Risiko der Selbständigkeit einzutauschen.

● Ein Ende der Neidhampelpolitik von SPD und Grünen

Beispielsweise die Diskussion um die Wiedereinführung der Vermögensteuer und die Erhebung einer Mindeststeuer hat gezeigt, wie weit die Politik von SPD und Grünen vom Neidgedanken geleitet wird. Aber eine solche Neidhampelpolitik ist Gift für den Mittelstand. Warum soll ein junger Mensch das Risiko der Selbständigkeit eingehen, wenn der gleichzeitig

winkende Gewinn verteuert und mit Neid überzogen wird.

● Das Wecken des Interesses zur Selbständigkeit

Auch das Interesse zur Selbständigkeit muß gestärkt werden. Zur Weckung eines größeren Interesses an der Selbständigkeit ist beispielsweise die Schaffung von Zusatzangeboten in Ausbildung und Studium notwendig. Unter diesem Gesichtspunkt ist beispielsweise die Ausweitung der Studienangebote an Berufsakademien anzustreben, da sie den Studenten in besonderem Maße während des Studiums bereits Einblicke in betriebliche Abläufe gewähren.

● Die steuerliche Begünstigung von Risikokapital

Wir müssen einen ausreichenden Markt für Risikokapital in unserem Land schaffen. Es muß derjenige steuerlich belohnt werden, der sein Geld nicht als Steuerjongleur verdient, sondern sein Geld in mittelständische Betriebe steckt. Wir müssen einfach Investitionen begünstigen!

● Die Umsetzung der „Petersberger Beschlüsse“

Wir wollen auch weiterhin die große Steuerreform auf der Grundlage der „Petersberger Beschlüsse“. Eine umfassende Reform der Einkommen- und Körperschaftsteuer – mit einem Eingangsteuersatz von 15 %, einem Spitzensteuersatz von 39 % und 35 % für Gewerbeeinkünfte – muß mit einer Nettoentlastung von mindestens 30 Milliarden DM für Unternehmer und Arbeitnehmer verbunden

sein. Die steuerliche Entlastung der Unternehmen ist das beste Existenzgründer- und Nachfolgeprogramm.

● Die Fortsetzung der Unternehmenssteuerreform

Die begonnene Unternehmenssteuerreform muß fortgesetzt werden. Wir brauchen sofort eine mittelstandsfreundliche Absenkung und mittelfristig die Abschaffung der Gewerbeertragsteuer. Darüber hinaus ist die schrittweise Reduzierung und mittelfristige Abschaffung des Solidaritätszuschlages unverzichtbar.

● Eine Nachbesserung bei der Erbschaftsteuer

Die Erbschaftsteuerreform muß nachgebessert werden, damit Betriebsübergaben im Rahmen der Unternehmensnachfolge nicht durch übermäßige Steuerbelastungen behindert werden.

● Die Beseitigung von Informationsdefiziten

Nur die Hälfte aller Unternehmensübergaben ist dauerhaft erfolgreich. Eine falsche Finanzierung ist hierbei häufigste Insolvenzursache.

Daher müssen die in diesem Bereich vorhandenen Informationsdefizite zwischen Übernehmern und Übergebern auf der einen und Banken, Unternehmensberatern etc. auf der anderen Seite dringend beseitigt werden.

● Eine bessere Zusammenarbeit von betroffenen Betrieben, Hochschulen, Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern

Zur Förderung einer gesicherten Unternehmensnachfolge ist neben der Vermittlung ausreichender Qualifikationen auch die Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Partnern für die Unternehmensnachfolge notwendig. Der zu übernehmende Betrieb sollte noch stärker als bisher bei Bedarf in den örtlichen Kammern einen zuverlässigen Partner bei der Suche nach dem geeigneten Übernehmer haben. Hierzu gehört es beispielsweise, von Seiten der Handwerkskammer die Altersstruktur in den verschiedenen Branchen und die weiteren Entwicklungsperspektiven dieser Branchen zu analysieren.

Die Zusammenarbeit zwischen Hochschule, HWK und IHK sollte auch zur Gründung von Börsen für Unternehmensnachfolger genutzt werden. Potentielle Unternehmer sollten als Studenten bereits während des Hauptstudiums mit Unternehmen in Kontakt treten.

● Eine durchgreifende Entbürokratisierung

Die besten Übernahmekonzepte laufen ins Leere, wenn jede Initiative durch übermäßige Bürokratie gestoppt wird. Daher sind alle bürokratischen Hemmnisse schnellstmöglich abzubauen.

Baden-Württemberg schreibt ab 1999 nach neuen Regeln

In der baden-württembergischen Landesverwaltung wird ab 1. Januar 1999 nach den neuen Regeln geschrieben. Wie das Innenministerium in Stuttgart mitteilte, betrifft dies zunächst Gesetze und Verordnungen. Für den allgemeinen Schriftverkehr gelte eine Übergangsfrist bis zum 31. Juli 2005. Bestehende Texte sollen erst angepaßt werden, wenn sie überarbeitet werden. Dies sei der Fall, wenn etwa ein Gesetz oder eine Verordnung ohnehin neu gefaßt werden müsse.

Die Kommunalwahlen in Brandenburg

	KW 1998	Anzahl	KW 1993	Anzahl	Differenz
SPD	39,0	1.701.102	34,5	1.089.649	+ 4,5
PDS	21,7	945.656	21,2	669.359	+0,5
CDU	21,4	934.338	20,6	649.291	+0,8
FDP	4,1	181.131	7,1	223.939	-3,0
B90/Grüne	4,1	180.937	4,2	132.485	-0,1
Bauernverb.	2,9	126.735	3,0	93.952	- 0,1
Sonstige	6,7	296.605	9,5	295.075	-2,8

Wahlbeteiligung 1998: 78,7% / Wahlbeteiligung 1993: 59,9%

Abschneiden der Parteien

● CDU

In den südbrandenburgischen Landkreisen Elbe-Elster, Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz sowie in Deutschlands größten Landkreis, der Uckermark, verlor die CDU zwischen 3 und 5 Prozent. Zulegen konnte die Union besonders in den Landkreisen Havelland (+2,8%), Märkisch-Oderland (+3,3%) und Ostprignitz-Ruppin (+3,2%) sowie in den kreisfreien Städten Potsdam (+2,8%), Brandenburg (+1,8%), Frankfurt/Oder (+6,7) und Cottbus (+3,5%).

● SPD

Außer im Kreis Potsdam-Mittelmark verzeichnete die SPD in allen Städten und Kreisen Gewinne.

Die SPD konnte vor allem in Cottbus (+7,8%), in Südbrandenburg in den Landkreisen Elbe-Elster (+11,0%), Spree-Neiße (+10,8%) und Oberspreewald-Lausitz (+9,2%) kräftige Gewinne verbuchen

● PDS

Die PDS konnte sich als zweitstärkste Kraft behaupten. In den kreisfreien Städten Potsdam (-6,2%) und Frankfurt/Oder

(-4,8%) mußte die PDS ihre Vormachtstellung an die SPD abgeben. In Brandenburg legte die PDS 2 Prozent zu. In zehn von 14 Landkreisen gab es für die PDS Stimmengewinne.

● FDP

Die FDP war mit einem Verlust von 3 Prozent der große Verlierer der Kommunalwahl. Den größten Einbruch gab es im Landkreis Elbe-Elster mit 6,3 Prozent auf nunmehr

4,5 Prozent. Auch im Landkreis Prignitz verloren die Liberalen 4,6 Prozent auf jetzt 7 Prozent.

● Bündnis 90/Grüne

Die Grünen haben ihr Kommunalwahlergebnis von 1993 in etwa halten können.

Oberbürgermeisterwahl in Potsdam

Die Oberbürgermeisterwahl in Potsdam konnte die SPD mit ihrem Kandidaten Platzeck klar für sich entscheiden. Er erreichte ca. 63,5%, der Bewerber der CDU, Dr. Niekisch, ca. 9,1%. Die PDS-Kandidatin Tack erreichte 24,4%

Das 21. Jahrhundert menschlich gestalten

Gestalten Sie mit:

Die CDU ist die moderne Volkspartei in Deutschland. Sie lebt von den Ideen und dem Engagement ihrer Mitglieder. Die CDU gestaltet Politik, und jedes Mitglied kann bei uns und mit uns Politik mitgestalten.

In den vergangenen 50 Jahren hat die CDU erfolgreiche Politik für Deutschland und Europa gemacht. Wir können in Frieden, Freiheit und Wohlstand leben. Unser Land ist ein anerkannter Partner in der internationalen Gemeinschaft. Daß das so bleibt, dafür lohnt es sich, bei uns mitzumachen.

Werden Sie Mitglied

bei uns!

➤ **Als Mitglied der CDU** gehören Sie zu den politisch gut informierten Bürgern!

➤ **Sie können** die politische Willensbildung in der CDU aktiv beeinflussen und mit der CDU für Ihre Ideen kämpfen!

➤ **Sie können** mit der CDU die Politik in Ihrer Gemeinde, im Land und im Bund mitgestalten!

➤ **Sie können** politische Ämter und Mandate für die CDU und in der CDU übernehmen!

➤ **Sie werden** bei uns mit netten Leuten zusammenkommen, mit denen Sie gemeinsam Probleme anpacken und lösen können!

➤ **Als Mitglied** stärken Sie die CDU als große Volkspartei und leisten zugleich einen persönlichen Beitrag zur demokratischen Kultur in Deutschland!

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

**Jetzt
die CDU stärken!
Mitglied werden!**

<http://www.CDU.de>

Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UiD

33/1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König. **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.